

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

14. Dezember – 20. Dezember 2024

Der neue Premierminister François Bayrou hat seine Konsultationen mit sämtlichen Parteispitzen der Nationalversammlung aufgenommen, um eine neue Regierung zu bilden. Die bisherigen Beratungen gestalten sich erwartungsgemäß schwierig. So deutete der noch amtierende Innenminister Bruno Retailleau von *Les Républicains* (die derzeit vier Ministerien führen) an, dass die Bedingungen für einen Regierungseintritt „derzeit nicht gegeben“ seien. Die Parteien der linken Neuen Volksfront, mit Ausnahme von *La France Insoumise*, die von vornerein jede Konsultation kategorisch ablehnte, die *Parti communiste* und *Les Écologistes* zeigten sich enttäuscht über die Konsultationen. François Hollande, ehemaliger Staatspräsident und Mitglied der *Parti socialiste* sagte am Mittwoch, dem 18. Dezember im Fernsehen, dass sich die Partei an keiner Regierung beteiligen wird. Bayrou selbst teilte mit, er habe mit Präsident Emmanuel Macron über eine „Startarchitektur“ gesprochen. Eine neue Regierung wurde vom Premierminister für die nächsten Tage in Aussicht gestellt. Eine politische Erklärung des neuen Premierministers wird für den 14. Januar erwartet.

Das „Sondergesetz“ zum Haushalt, das nach dem Misstrauensvotum gegen die Regierung Barnier im Eilverfahren im Parlament eingebracht und einstimmig angenommen wurde, ist am Mittwoch, dem 18. Dezember auch vom Senat einstimmig verabschiedet worden. Das Sondergesetz für den Haushalt ist damit im letzten Moment vor dem 31. Dezember verabschiedet worden. Der Text soll es dem Staat ermöglichen, die Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen am 1. Januar fortzusetzen, wenn es kein Haushaltsgesetz für 2025 gibt.

Am vergangenen Wochenende hat der Zyklon "Chido" das französische Überseegebiet Mayotte mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 220 km/h getroffen. Der verheerende Wirbelsturm der Kategorie 4 hat nach vorläufigen Angaben mindestens 31 Tote und 1.373 Verletzte gefordert. Präsident Emmanuel Macron hat Staatstrauer am 23. Dezember angeordnet und sich nach Mayotte begeben, um den betroffenen Bewohnern seine Unterstützung zuzusichern. Während seines Besuchs versprach er, dass der Staat alles tun werde, um sicherzustellen, dass es der Insel weder an Trinkwasser noch an Nahrungsmitteln mangeln werde. Macron betonte die Dringlichkeit, Mayotte beim Wiederaufbau zu helfen und die humanitäre Krise zu bewältigen. Parallel dazu entbrannte eine hitzige Debatte in der Öffentlichkeit über die illegale Migration nach Mayotte, eines der ärmsten französischen Departements, das als Einfallstor zur EU gilt. Bruno Retailleau, sprach sich für eine Verschärfung der Regeln zur Begrenzung der illegalen Migration aus und betonte, dass dieses Thema auch im Kontext der Krisenbewältigung öffentlich diskutiert werden müsse. Diese Äußerungen stießen auf scharfe Kritik, unter anderem von François Hollande, dem ehemaligen Staatspräsidenten, der es für unangemessen hielt, über das Thema zu sprechen, während die Menschen auf Mayotte, einschließlich der illegalen Einwanderer, in Not sind.

Papst Franziskus und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron haben sich am Sonntag, dem 15. Dezember, auf Korsika zu einem kurzen Gedankenaustausch getroffen. Präsident Emmanuel Macron traf den Pontifex am Flughafen kurz vor dessen Abreise am späten Abend. Er nutzte die Gelegenheit, um ihm das offizielle Buch über die Restaurierung von Notre-Dame de Paris zu überreichen. Bei ihrem kurzen Gespräch am Flughafen sprachen der Papst und der französische Staatspräsident unter anderem über die Katastrophe auf Mayotte.

Der Europäische Druckwasserreaktor (EPR) in Flamanville wird nach Angaben der französischen Energiegesellschaft EDF (Electricité de France) am Freitag, dem 20. Dezember, ans Netz gehen. Frankreichs neuester Kernreaktor wird damit zwölf Jahre später als geplant Strom ins Netz einspeisen. Eine solche „Kopplung“ gab es zuletzt vor 25 Jahren, als 1999 das Kraftwerk Civaux in Betrieb ging. Damit verfügt Frankreich über 57 Kernreaktoren, die Strom ins Netz einspeisen können. Die installierte Leistung der EDF-Kernkraftwerke in Frankreich stieg von 61,4 Gigawatt auf 63 Gigawatt und festigte damit den zweiten Platz hinter den USA (96,9 GW) und vor China (54,3 GW).

Der ehemalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy ist am Mittwoch, dem 18. Dezember, rechtskräftig wegen Korruption und Einflussnahme zu drei Jahren Haft und drei Jahren Nichtwählbarkeit verurteilt worden. Zwei Jahre wurden zur Bewährung ausgesetzt, ein Jahr lang muss Sarkozy eine elektronische Fußfessel tragen. Nicolas Sarkozy „wird sich selbstverständlich an die verhängte Strafe halten“, aber er werde „in den kommenden Wochen“ vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen, „um die Garantie seiner Rechte zu erhalten, die ihm die französischen Richter verweigert haben“, so sein Anwalt.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der neue Premierminister François Bayrou, der auch Bürgermeister von Pau ist (und bleiben will), hat die **Debatte über die Ämterhäufung** neu entfacht. Er sprach sich am Montag dafür aus, die Ämterhäufung für Parlamentarier wieder zuzulassen, die seit einem Gesetz von 2014 nicht mehr möglich ist. Das Verbot gilt nicht für Regierungsmitglieder. Es widerspricht jedoch der in Frankreich vorherrschenden Praxis. Mehrere Vorgänger Bayrous, darunter Jean Castex, Edouard Philippe und Jean-Marc Ayrault, hatten nach ihrer Ernennung zum Premierminister ihr Bürgermeisteramt aufgegeben. Für Regierungsmitglieder gilt die Unvereinbarkeit nur mit einem parlamentarischen Amt: Artikel 23 der Verfassung verbietet diese Art der Kumulierung.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	6	5	
5	2	1	2
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

6 %

Die Zusatzkrankenversicherungen werden ihre Preise 2025 im Durchschnitt um 6 % erhöhen. Nach einem Rekordanstieg von 8,1 % im Jahr 2024 ist dieser Anstieg für 2025 zwar weniger stark, liegt aber immer noch weit über dem Anstieg der letzten zehn Jahre.